

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**



ÄPPLER, APPS UND GRÜNER AUFBRUCH

GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR HESSEN

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER



Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen, die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung aller bislang erschienen Konzeptpapiere finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

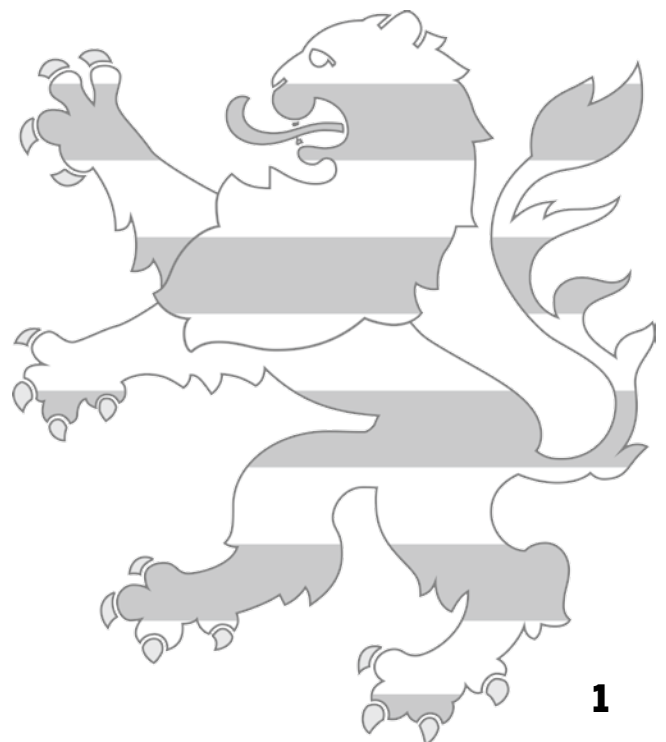
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



ÄPPLER, APPS UND GRÜNER AUFBRUCH - GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR HESSEN

INHALT

I. Hessen heute - eine Bestandsaufnahme der ökonomischen Fakten.....	2
II. Unsere Leitidee einer Wirtschaftspolitik für Hessen.....	4
III. Prioritäten GRÜNER Wirtschaftspolitik für Hessen.....	6
3.1 Fachkräfte - Hessen besticht mit Qualität.....	6
3.2 Hessische Helden - Unternehmertum und Innovation.....	8
3.3 GRÜNE Industriepolitik.....	10
3.4 Internationalität und Binnenmarkt: Kein Gegensatz.....	14
IV. Land und Kommunen als gestaltende Wirtschaftsfaktoren.....	17

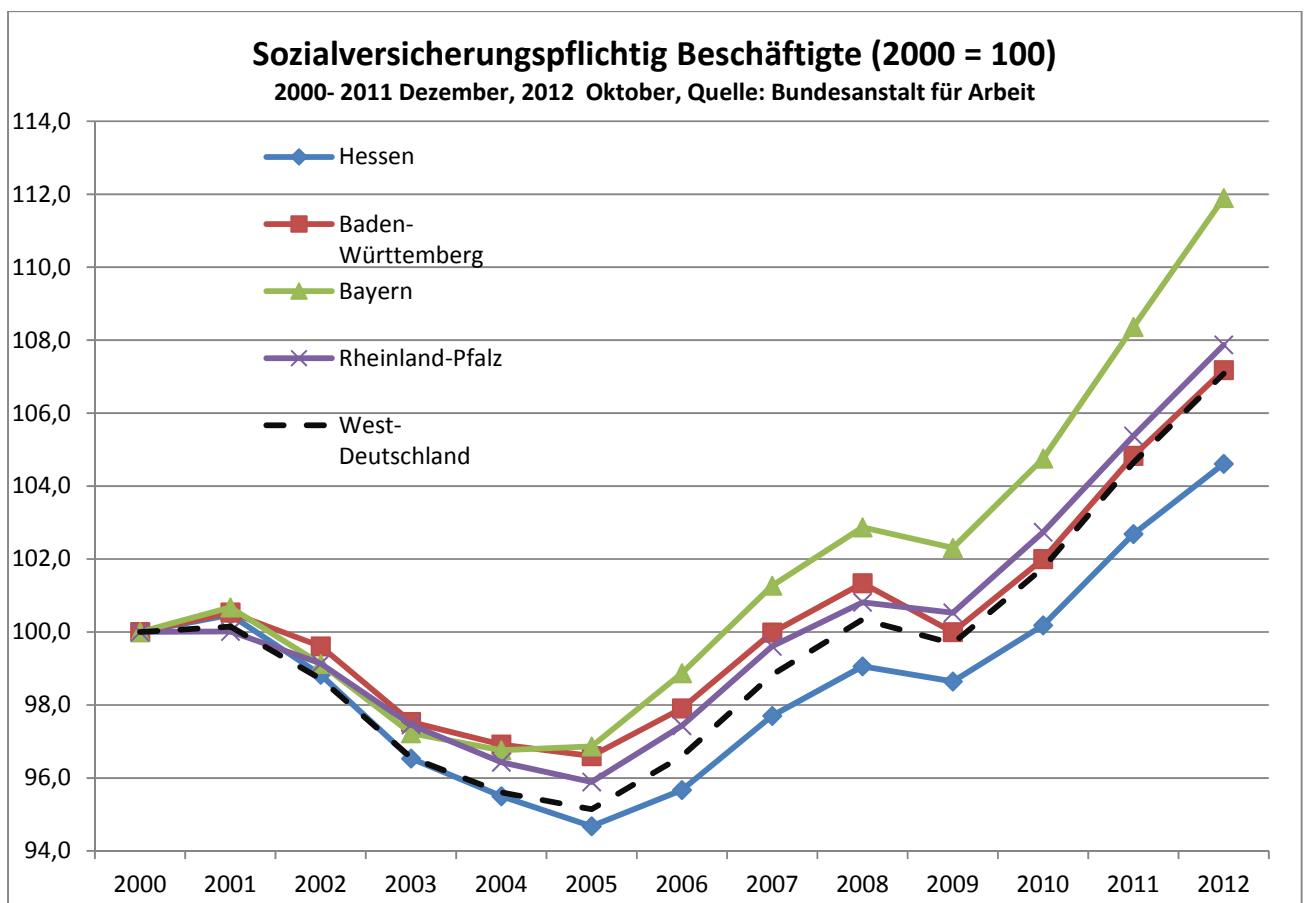


I. HESSEN HEUTE – EINE BESTANDSAUFNAHME DER ÖKONOMISCHEN FAKTEN

Verglichen mit anderen Bundesländern bewegt sich das Bruttoinlandsprodukt Hessens nach wie vor auf hohem Niveau. Festzustellen ist aber, dass die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung seit 2000 spürbar nachgelassen hat. Gemessen an der Arbeitslosenquote gelingt es unserem Bundesland nur noch knapp, den Durchschnitt der westdeutschen Länder zu übertreffen. Baden-Württemberg und Bayern können mit erheblich niedrigeren Quoten glänzen. Zudem hat

es Rheinland-Pfalz im letzten Jahrzehnt erreicht, sich mit einer niedrigeren Arbeitslosenquote von Hessen abzusetzen.

Auch der Blick auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt: Seit 2000 entwickeln sich Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg deutlich besser als der westdeutsche Durchschnitt; Hessen fällt zurück:



Weitere Wirtschaftsfakten:

- Hessens Wirtschaft ist stark vom Dienstleistungssektor geprägt: Hier arbeiten 74,4 Prozent aller Beschäftigten (Deutschland insgesamt: 69 Prozent)¹. Unbeschadet des bedeutenden Dienstleistungsstandorts Rhein-Main-Region ist aber nach wie vor auch die industrielle Wertschöpfung von großer Bedeutung.
- Hessen ist ein Land des Mittelstandes: Rund zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten.² Gleichzeitig weisen die Kleinstbetriebe mit unter zehn Beschäftigten mit sieben Prozent die höchste Ausbildungsquote auf (Verhältnis der Auszubildenden zu allen Beschäftigten).³
- Hessen verfügt über eine erfolgreiche Exportwirtschaft. Im Jahr 2012 erzielten die rund 1.400 hessischen Industrieunternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten 52 Prozent ihres Umsatzes im Ausland, davon knapp die Hälfte in der Eurozone.
- Hessen ist aber auch ein Land der lokalen Wirtschaft: 61 Prozent aller Mittelständler verkaufen ausschließlich in Hessen oder Deutschland. Nur für sechs Prozent ist der Auslandsmarkt wichtiger als der Binnenmarkt.⁴

- Hessen ist historisch stark: Platz 4 für das erreichte wirtschaftliche Niveau (hinter Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg) kann aber kein Grund sein, sich weiter auszuruhen. Hessen liegt bei der wirtschaftlichen Dynamik (hier wird die Entwicklung von 2006 bis 2011 widerspiegelt) nur noch auf Platz 13. Diese viel beachtete Untersuchung wird jährlich von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ erstellt, deren Grundausrichtung sonst eine beachtliche Nähe zu Schwarz-Gelb aufweist. Umso bemerkenswerter ist die Einschätzung der Initiative, dass Hessens Wohlstand in den letzten Jahren besonders deutlich durch die Bankenkrise gelitten habe, von der auch weiterhin Risiken ausgingen. Für Aufwind sorgte dagegen die nordhessische Metall- und Elektroindustrie.⁵ Viele dieser Unternehmen engagieren sich besonders im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Damit Hessen zukunftsfähig bleibt, darf sich Wirtschaftspolitik nicht länger auf Erfolge aus längst vergangenen Zeiten ausruhen. Damals entstand der bekannte Slogan „Hessen vorn“, der heute keine sachliche Grundlage mehr besitzt. Statt auf Innovation und Erneuerung zu setzen, hält die Landesregierung stur an den Wirtschaftsförderungskonzepten der Vergangenheit fest, als Infrastruktur noch ausschließlich mit dem Betonmischer realisiert wurde. Sie begeht damit den gleichen Fehler wie manch saturiertes Unternehmen.

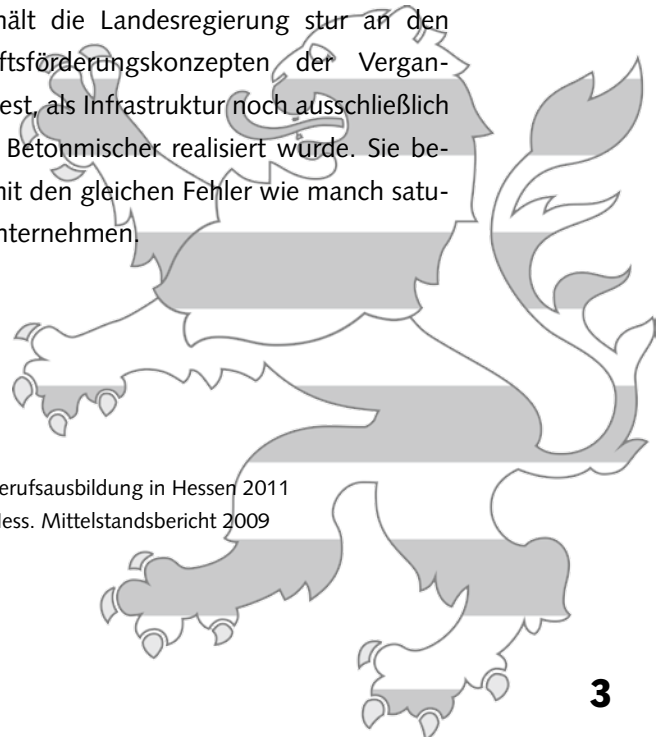
¹ Hessen Agentur: Hessen 2011, Daten und Zahlen

² Statistisches Landesamt, Beschäftigtenstatistik für 2009

³ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Berufsausbildung in Hessen 2011

⁴ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Hess. Mittelstandsbericht 2009

⁵ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Bundesländerranking 2012



II. UNSERE LEITIDEEN EINER WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR HESSEN

Unternehmen, die sich heute auf die sich rasant verändernden ökologischen Rahmenbedingungen einstellen, sichern sich den entscheidenden Wettbewerbsvorteil der Zukunft. Künftig werden vor allem jene Unternehmen und Volkswirtschaften die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen, die in der Lage sind, Wachstum erfolgreich vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Unbeschränktes quantitatives Wachstum durch Rohstoffverbrauch und Naturnutzung ist unmöglich. Wirtschaftliche Entwicklung hängt mehr denn je von den sich wandelnden Bedürfnissen der Konsumenten und von der Innovationskraft der Unternehmen ab. Wir wollen den Ideenreichtum und die Forschungskapazitäten Hessens mobilisieren, indem wir auf Qualität statt auf Quantität setzen. Wir sind der Überzeugung, dass nur eine ökologische Lebens- und Wirtschaftsweise Zukunft hat, da diese auch bei langfristig steigender Rohstoffknappheit Arbeitsplätze sichert und den sozialen Ausgleich ermöglicht.

In der Bevölkerung bildet sich ein neues Verständnis von Wohlstand. Ein grüner ordnungspolitischer Rahmen wird von Konsumentinnen und Konsumenten zunehmend gefordert und gefördert: Sie entscheiden sich immer häufiger für Produkte, die umweltgerecht und unter fairen Bedingungen produziert werden. Die weiter stetig zunehmende Vernetzung der Bürger in der digitalen Welt und der unmittelbare Austausch von Informationen wird Konsumententscheidungen signifikant beeinflussen. Wir unterstützen Unternehmen, diesen Anforderungen gerecht zu werden und am sich wandelnden Markt zu bestehen.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf reale Werte. Es geht nicht um rein quantitatives Wachstum,

sondern darum, nachhaltig qualitative Werte für die Gesellschaft – also Wertschöpfung im besten Sinne – zu schaffen. Nachhaltiges Wirtschaften stellt die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die sich tagtäglich in vielen Rollen am Wirtschaftsleben beteiligen: Als Konsumenten und Arbeitnehmerinnen, als Unternehmerinnen oder in einem freien Beruf. In diesem Konzept richten wir den Fokus darauf, was die Wirtschaftspolitik des Landes konkret zu diesen Zielen beitragen kann und wie es seine Wirtschaftsförderungsmittel für Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit einsetzt:

- Grüne Wirtschaftspolitik ist ein verlässlicher Partner der Unternehmen in Hessen und ihrer Beschäftigten. Sie fördert den Aufbau neuer Branchen wie der erneuerbaren Energien, unterstützt etablierte Unternehmen bei der Anpassung bisheriger Geschäftsmodelle an die Herausforderungen der Zukunft und sichert damit nachhaltiges – und profitables – Wachstum. Wir begleiten und gestalten diesen Strukturwandel in all seinen Facetten.
- Grüne Wirtschaftspolitik ist so vielfältig wie die hessische Wirtschaft: lokal und global, traditionell und innovativ, hessisch und international, ländlich und urban, für die Region in der Region, handfest und virtuell.
- Grüne Wirtschaftspolitik ist ein wichtiger Antrieb bei der Erschließung der „Leitmärkte der Zukunft“⁶ wie umweltfreundlicher Energien und Energiespeicherung, Energieeffizienz, Rohstoff- und Materialeffizienz, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Wasserwirtschaft und nachhaltiger Mobilität.

⁶ Roland Berger Strategy Consultants: „Vom Beginn einer ökonomischen Zeitenwende – Die Entwicklung zum Green Business ist unumkehrbar“, think:act, August 2010

- Für Grüne Wirtschaftspolitik sind lokale Märkte so wichtig wie globale Märkte. Uns geht es um die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten. Wir unterstützen nicht nur Exportweltmeister, sondern auch die örtliche Handwerksmeisterin, den lokalen Dienstleister und die regionale Ernährungswirtschaft. Nachhaltiges Wirtschaften heißt auf lange Sicht auch ausgeglichene Leistungsbilanzen zwischen Nationen und Regionen.
- Grüne Wirtschaftspolitik ist eine Politik der Ideen: Wir wollen das vorhandene innovativ-schöpferische Potenzial stärker nutzen und fördern.
- Grüne Wirtschaftspolitik stellt sich dem globalen Wettbewerb nachhaltig. Wir wollen mit Qualität und Innovation bestechen, nicht mit Dumpingpreisen, Subventionen, Steuergeschenken und ordnungspolitischem Ausverkauf.
- Grüne Wirtschaftspolitik gewährleistet Chancengerechtigkeit auch im Berufsleben. Vielfalt stärkt Unternehmen, dieses Bewusstsein wollen wir weiter. Wir wollen außerdem der weiter bestehenden Ungleichbehandlung von Frauen beim Lohnniveau (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) und der Besetzung von Führungspositionen entgegenwirken.
- Grüne Wirtschaftspolitik wirkt langfristig: Keine Schnellschüsse, kein Aktionismus, kein beliebiges Themenhopping. Wir machen das Land auch zum verlässlichen Partner für Unternehmensgründerinnen bzw. -gründer und die kleinteilige lokale Wirtschaft. Die Programme zur Existenzgründungsförderung von Bund und Ländern könnten auf Ebene der Länder konzentriert werden.
- Grüne Wirtschaftspolitik funktioniert anders als Wirtschaftspolitik in Hessen bisher. Mit uns wird es keine Wirtschaftspolitik des letzten Jahrhunderts mehr geben, die das Roden, Planieren und Beton in die Landschaft gießen genauso für richtig hält wie überdimensionierte Großprojekte, zum Beispiel den Flughafen Kassel-Calden oder das gescheiterte Wolkenkuckucks-Resort Beberbeck. „Think big and you'll be big“ passt nicht mehr zu einer modernen hessischen Wirtschaftspolitik. Denn gleichzeitig wurden die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen sträflich vernachlässigt. Nachteile gegenüber der Industrie im verschärften Wettbewerb um Fachkräfte sollen gemildert bzw. ausgeglichen und so insbesondere den Familienbetrieben Perspektive gegeben und Nachfolgen attraktiver gestaltet werden. Jahrelang wurden in Hessen zentrale Zukunftsaufgaben wie der Ausbau der Breitbandversorgung verschlafen und innovativen Branchen der Kreativwirtschaft die Landesförderung verweigert.
- Grüne Wirtschaftspolitik ist das Gegenteil von Klientelpolitik. Wir wollen fairen und transparenten Wettbewerb. Gute Wirtschaftspolitik für Hessen ist weder Steigbügelhalter noch Besitzstandswahrer für einzelne Unternehmen.

Moderne Wirtschaftspolitik braucht Markt und Staat. Beide bringen Stärken und Schwächen ein, keine Seite ist nur „gut“ oder „schlecht“. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die den Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung effizient gestaltet und sich bei der Wahl der Instrumente an der Sache orientiert und nicht an überkommenen Dogmen. Die Rolle des Staates geht dabei über das bloße Setzen des Ordnungsrahmens hinaus. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, aber

er hilft dabei, dass sich Märkte organisieren. Er setzt Anreize, fördert Vernetzung, Bildung und den Austausch von Ideen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel geschieht nicht von allein. Politik, Unternehmen, Beschäftigte sowie Verbraucherinnen und Verbraucher tragen darin gemeinsam Verantwortung. Die klassische Idee der getrennten Aufgabenbereiche – Politik setzt den Rahmen, Unternehmen entwickeln innerhalb dieses Rahmens Lösungsangebote, Verbraucherinnen und Verbraucher übernehmen Verantwortung durch Kaufent-

scheidungen – wollen wir zu einem integrierten Ansatz weiterentwickeln: Politik kooperiert mit Unternehmen, Beschäftigten und Konsumentinnen und Konsumenten, um Hindernisse bei der Etablierung neuer Märkte zu überwinden, Innovationen zu fördern und gute Konsumententscheidungen auf der Grundlage maximaler Information und Kooperationen aller wirtschaftlichen Akteure zu ermöglichen. Dieser kontinuierliche Austausch sichert Qualität und Wirkung der getroffenen Maßnahmen. Grüne Wirtschaftspolitik versteht sich innerhalb dieses Rahmens als Moderator, nicht als Mitspieler.

III. PRIORITÄTEN GRÜNER WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR HESSEN

Grüne Wirtschaftspolitik hat vier Prioritäten:

Wir wollen dem Fachkräftemangel aktiv und auf allen Ebenen begegnen. Wir brauchen innovative Unternehmerinnen und Unternehmer, damit die sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Wir wollen grüne wirtschaftspolitische Akzente in Hessens klassischen Branchen Chemie, Pharma, Logistik, Finanzwirtschaft und Mobilität setzen. Wir wollen Wirtschaftspolitik mit Blick auf langfristige Nachhaltigkeit nicht nur auf die Exportwirtschaft fokussieren, sondern neue Schwerpunkte bei der Förderung der regionalen Wirtschaft setzen.

3.1 Fachkräfte – Hessen besticht mit Qualität

Hessen kann langfristig nur global wettbewerbsfähig bleiben, wenn es seinen Qualitätsvorsprung hält und ausbaut. Im reinen Kostenwettbewerb werden wir scheitern. Und: 76% aller hessischen Mittelständler finden es „schwer“ oder „eher schwer“, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Die Mehrheit der Unternehmen erwartet, dass der Fachkräftemangel noch zunehmen wird.⁷

Hessens kleine und mittlere Unternehmen sorgen für Innovation und Wettbewerb. Nur durch ihren großen Anteil an der Ausbildungsleistung kann der hohe Fachkräftebedarf der hessischen Wirtschaft gesichert und somit die Wettbe-

⁷ Ernst & Young: Mittelstandsbarometer 2011

werbsfähigkeit des Landes erhalten werden. Der Generationswechsel in den einzelnen Unternehmen sowie der demografische Wandel der Gesellschaft insgesamt ist nur zu bewältigen, wenn der hessische Mittelstand seine Stärken – die rasche Anpassung an sich wandelnde Marktbedingungen und die praxisnahe betriebliche Ausbildung – auch weiterhin ausspielen kann. Grüne Wirtschaftspolitik wird alles daran setzen, die Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei zu unterstützen.

Hessen verfügt aufgrund seiner besonderen Struktur aber auch über Chancen, die andere Bundesländer so nicht haben – sie werden bisher allerdings zu wenig genutzt:

- **Investitionen in den Bildungsstandort:** Bildung als wichtigste Ressource einer zukünftigen industriellen Wissensgesellschaft bedarf der besseren und gezielteren Förderung. Unsere Konzepte zur Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen⁸ und zur Neugestaltung des Übergangs von Schule zu Beruf⁹ sorgen dafür, dass die hessischen Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden. Das Phänomen „nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher“ können wir uns nicht mehr leisten. Viele insbesondere mittelständische Betriebe stehen inzwischen auf dem Standpunkt, jeder Jugendliche sei grundsätzlich ausbildungsfähig. Die betriebliche Ausbildung soll wieder attraktiver für Jugendliche werden
- **Frauenförderung:** Gender Diversity ist ein Erfolgsfaktor zukunftsfähiger Wirtschaftsunternehmen. Es hat sich gezeigt, dass der Frauenanteil in den oberen Führungsetagen

den Erfolg eines Unternehmens maßgeblich beeinflusst – sowohl in organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht.¹⁰ Grüne Wirtschaftspolitik wird diesen wichtigen Erfolgsfaktor durch eine verbindliche gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien aktiv unterstützen. Zudem können wir uns aufgrund des Fachkräftemangels künftig nicht mehr leisten, auf das Potenzial junger, exzellent ausgebildeter Frauen zu verzichten. Wir werden die Betreuungsangebote für Kinder systematisch ausbauen, um mehr Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Nach wie vor sind es i.d.R. die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, ganz aufgeben oder ihre Arbeitszeit reduzieren. Ihnen wollen wir den Wiedereinstieg in das volle Berufsleben erleichtern. Die Bruttostundenverdienste von Arbeitnehmerinnen liegen durchschnittlich immer noch 23 Prozent unter der von Arbeitnehmern. Für uns gilt der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.¹¹

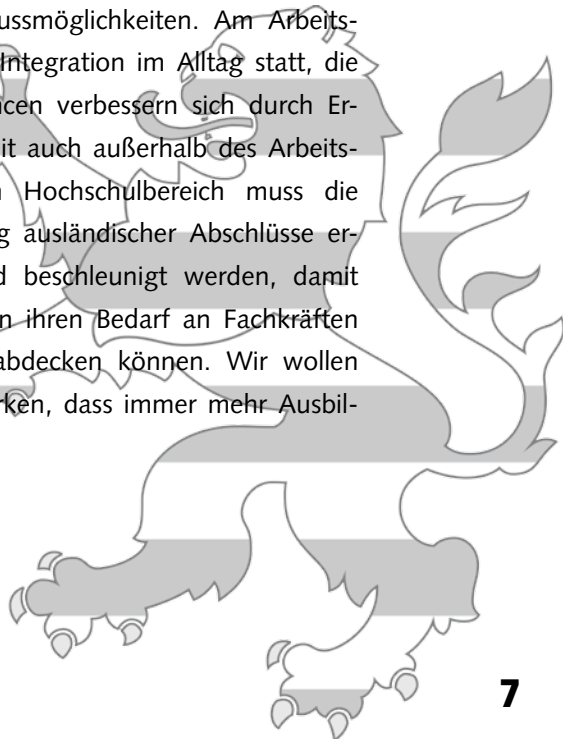
- **Chance Zuwanderung und Vielfalt:** Hessen, im Besonderen Rhein-Main, hat als internationaler Standort mit einer ausgeprägten Diversitäts- und Willkommenskultur sehr gute Anschlussmöglichkeiten. Am Arbeitsplatz findet Integration im Alltag statt, die Teilhabechancen verbessern sich durch Erwerbstätigkeit auch außerhalb des Arbeitsumfelds. Im Hochschulbereich muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtert und beschleunigt werden, damit Unternehmen ihren Bedarf an Fachkräften zuverlässig abdecken können. Wir wollen daran mitwirken, dass immer mehr Ausbil-

⁸ Vgl. unser Konzept Nr. 8 („Hessens Weg zu selbständigen Schulen“)

⁹ Vgl. unser Positionspapier: Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung

¹⁰ Mc Kinsey: Studie Women Matter, 2007

¹¹ Vgl. unser Konzept Nr. 16 („Geschlechtergerechtigkeit!“)



dungsbetriebe einen Migrationshintergrund als besondere Chance für die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens auf multikulturell geprägten Märkten begreifen.¹² Der demografische Wandel mit sinkenden Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung führt zu einer Gesellschaft mit einer zunehmenden Zahl älterer Menschen und birgt Konfliktpotenzial zwischen den Generationen.¹³ Wir wollen die Erfahrung der **Generation 50+** besser als bisher gesellschaftlich achten und nutzbar machen. Unternehmen sind aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels zunehmend darauf angewiesen, ihre „alten Häsinnen und Hasen“ in den Betrieben zu halten und von ihnen zu profitieren. Zudem werden durch den demografischen Wandel Unternehmen künftig vor der besonderen Herausforderung stehen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Pflege ihrer nahen Angehörigen zu ermöglichen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen Unterstützung, um diese gesellschaftliche Herausforderung zu bewältigen.

- **Erwerbsbiografien diversifizieren sich** immer stärker. Lebenslange kontinuierliche Bildung (z.B. beim Wiedereinstieg nach einer Elternphase) und Fortbildung sind notwendig. Hier stellt sich die Frage, ob die bestehenden Arbeitsstrukturen darauf abgestimmt sind und wie das Land Unternehmen dabei unterstützen kann, dieser gesellschaftlichen Vielfalt zu begegnen.
- Hessen braucht auch Menschen, die **einfache Tätigkeiten** ausüben, gerade im wachsenden Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen. Hier bedarf es sozialer Leitplanken,

damit sich Tarifflicht nicht mehr lohnt, der Niedriglohnsektor begrenzt und die Beschäftigten an den Wohlstandsgewinnen angemessen beteiligt werden. Deshalb wollen wir einen **gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro** als absolute Lohnuntergrenze einführen. Der Mindestlohn soll von einer Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild festgesetzt und regelmäßig angepasst werden.¹⁴

3.2 Hessische Helden – Unternehmertum und Innovation

Grüne Marktwirtschaft braucht Gründerinnen und Gründer. Die unternehmerische Umsetzung neuer Ideen ist ein wichtiger Baustein im Transformationsprozess hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Durch Unternehmensgründungen können neue Märkte entstehen und neues Wissen kann in Produkten sowie Produktionsverfahren umgesetzt werden. Neue Unternehmen befördern den Wettbewerb und damit Innovationen. Hier können bereits in der Gründungsphase Impulse für nachhaltiges Wirtschaften gegeben werden.

- Wir wollen die in Deutschland leider unterentwickelte **Kultur der Selbstständigkeit** durch eine alltagsbezogene Vermittlung des Themas in allen Bildungsgängen etablieren. Von der Schule über die Ausbildung bis zum Studium sollen die Themen Wirtschaft und unternehmerisches Handeln sowie Selbstständigkeit und Eigenverantwortung stärker gefördert und die Aspekte ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit besser beleuchtet und diskutiert werden.

¹² Vgl. unser Konzept Nr. 12 („Ein Integrationskonzept für Hessen“)

¹³ Vgl. unser Konzept Nr. 19 („Soziale Gerechtigkeit – Freiheit und Teilhabe für alle Hessinnen und Hessen“)

¹⁴ Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Kiel, November 2011

- Übersichtliche und qualitätsgeprüfte **Beratungsangebote**, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Gründungen (Handwerk, Kreativwirtschaft, Lokale Dienstleistungen, Pflege, Technologie, ...) gerecht werden. Ideal: „One-stop shop“ für Unternehmensgründungen mit klaren Leistungsverpflichtungen des Landes oder „Lotsen für Unternehmensgründung“
- **Unternehmergeist** auch wieder stärker als gesellschaftliche Verantwortung verstehen und durch Anerkennungskultur und Netzwerke unterstützen: Wie können Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, dafür auch die angemessene Anerkennung erfahren und so als Vorbild sichtbar werden? Wie kann das Land dazu beitragen, dass noch mehr erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer ihr Wissen weitergeben und sich so gesellschaftlich engagieren können? Anknüpfungspunkte sind Förderung und Vernetzung von „Business Angels“ (erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmern, die Neuunternehmerinnen und -unternehmer unterstützen), ein Pilotprojekt „Freiwilligendienst 60+Lotsen“ – vom Häuptling zum Medizinmann.

PROJEKT: HESSEN NEXT GENERATION

- Die junge Generation treibt den Strukturwandel und die ökologische Innovation voran.
- Unternehmen auf der Suche nach Nachfolgerinnen und Nachfolgern bzw. im Übergabeprozess benötigen eine bessere Beratung und Vermittlung (Pilotprojekte z.B. Handwerkskammern).
- Mit Unternehmensnachfolgen müssen häufig auch Investitionsstaus aufgelöst werden – hier bedarf es zinsgünstiger Kredite der WI-Bank.
- Mitarbeiterbeteiligungen als Instrument der Unternehmensnachfolge ausbauen und durch angepasste Kreditförderung flankieren.
- Bürokratie ist als eines der Haupthindernisse von Gründungsinteressierten identifiziert: Wir wollen endlich die **Unternehmensgründung** erleichtern, Gründerinnen und Gründer sollen sich in Hessen auf besondere Art willkommen und anerkannt fühlen. Bürgerinnen und Bürger, die ein Unternehmen gründen und Verantwortung übernehmen möchten, sollen ermutigt, nicht abgeschreckt werden. Hierzu kann der Abbau bürokratischer Lasten, die Vereinfachung von Prozessen, verständliche Sprache und ein freundlicher Umgang einen erheblichen Beitrag leisten.
- Meisterbrief als Voraussetzung zur Unternehmensgründung im Handwerk weiter überprüfen und evtl. diese Voraussetzung lockern, um die **Selbstständigkeit im Handwerk** zu erleichtern.
- **Selbst ist die Frau:** Weniger als ein Drittel aller Selbstständigen sind Frauen. Die Förderung von Unternehmerinnen und solchen, die es werden wollen (oder sollten) ist genauso wichtig für die wirtschaftliche Zukunft Hessens wie die Frauenquote für Aufsichtsräte bestehender Unternehmen nach norwegischem Vorbild.
- Durch einen nachfrageorientierten **Gründungsberatungsgutschein**¹⁵ sollen Gründerinnen und Gründer mehr Freiheit haben, eine zertifizierte Beratung zu finden, die ihren Bedürfnissen am besten entspricht, und neben ökonomischen auch soziale und ökologische Erfolgsfaktoren aufweist.
- Die **Gründerquote der Migrantinnen und Migranten** ist höher als die Deutscher ohne Migrationsbezug. Dieses Potenzial gilt es gezielt zu nutzen und zu fördern. Hessen soll

¹⁵ Modell entwickelt von der baden-württembergischen Landtagsfraktion, Antrag Drucksache 14/1885.

nicht nur als Standort internationaler Unternehmen attraktiv sein, sondern auch als Standort für die Neugründung von Unternehmen durch Menschen mit internationalen Ideen. Die wirtschaftliche Teilhabe und aktive Mitgestaltung durch Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationsbezug wird Integration in Hessen neu beleben.

- **Soziales Unternehmertum** ist doppelter Gewinn: Wir wollen nicht nur Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer, sondern stärken gezielt soziales Unternehmertum und soziale Innovation wie Kooperativen, Genossenschaften und andere regionale bzw. alternative Wirtschaftsgemeinschaften – unabhängig davon, ob sie profit- oder gemeinwohlorientiert sind.

- Die **Förderangebote** der verschiedenen Landesinstitutionen müssen zielgerichteter und konzentrierter aufeinander abgestimmt werden

3.3 GRÜNE Industriepolitik

Umweltbelastung, Bevölkerungsexplosion, Ressourcenknappheit und Klimawandel sind Herausforderungen, für die inzwischen ein Bewusstsein in der Mitte der Gesellschaft entstanden ist. Die Verantwortung, die unserer bisherigen industriellen Produktionsweise für diese existenziellen Bedrohungen der Menschheit zukommt – und damit die Einsicht, dass sie sich radikal verändern muss – ist grundsätzlich allen klar. Nicht umsonst gilt: „Umweltechnik ist die Leitindustrie des 21. Jahrhunderts.“¹⁶ Und Hessen ist mit-

PROJEKT: HESSISCHES INNOVATIONSSYSTEM 2015

- Wir wollen Hessen zum führenden **Innovationsland** machen. Innovationen und die Entwicklung marktfähiger Produkte und Dienstleistungen sind ein Schlüssel zum Erhalt des Wohlstandsniveaus in Hessen. Innovation im 21. Jahrhundert heißt für uns nicht nur Technologie und Hardware, sondern Prozessinnovation und neue Dienstleistungen – hier startet Hessen mit guten Voraussetzungen.
- Wir setzen auch auf **soziale Innovationen**, wie sie unter anderem soziale Netzwerke und webbasierte Dienstleistungen hervorbringen. Ein wichtiges Feld für soziale Innovationen entsteht auch durch den steigenden Bedarf an Dienstleistungen rund um Gesundheit und Pflege (z.B. werden Mehrgenerationenwohngemeinschaften und andere innovative Lebensmodelle einen Bedarf an neuen Dienstleistungen entwickeln).
- Im Bereich der **Arbeitsprozessorganisation** finden erhebliche Umbrüche statt. Crowdsourcing-Plattformen und –Arbeitsweisen wie z.B. Wikipedia ermöglichen neue Wege der Produktion jenseits klassischer Business-Modelle. Schon heute leisten sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und besitzen weiteres Potenzial.
- Erfolgreiche Innovationsprozesse finden nicht nur in der Großindustrie, sondern verstärkt gerade in kleinen und mittleren Unternehmen statt.
- **Nicht jede Innovation ist automatisch nachhaltig.** Innovationen müssen immer wieder im Rahmen von Technikfolgeabschätzungen und Diskussionen über ethische und gesellschaftliche Implikationen überprüft werden.
- Wir wollen die hessische **Wirtschaftsförderung** auf die Leitmärkte der Zukunft und sinnvolle Cluster (teils bereits begonnen) **konzentrieren**. Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip ist zwangsläufig ineffektiv. Daher stehen für uns Bereiche im Fokus, die strategische Innovationen an der Schnittstelle zur Grünen Industriepolitik hervorbringen. Sinnvolle Cluster werden gemeinsam mit der Industrie, Wissenschaft, Gesellschaft und weiteren Akteuren erarbeitet und nicht in Wiesbaden nach ideologischen Gesichtspunkten erdacht.
- Wir werden die **Wirksamkeit** der bestehenden regionalen Transferzentren und Kooperationsstellen **überprüfen**, weil wir sie für entscheidende Akteure halten, deren Potenziale noch nicht ausreichend genutzt werden. Hier gilt es, eine unternehmerischer Perspektive zu etablieren, spezifische Sektoren- und Industrienkenntnis auszubauen und vor allem ihre Netzwerkkompetenz zu erhöhen.

tendrin. Schlüsselindustrien der Zukunft stehen in Hessen in den Startlöchern. Hessische Unternehmen aller Branchen – vom Maschinenbau bis zur Energietechnik – gehören zu den wichtigen Antreibern des Strukturwandels und der langfristigen nachhaltigen Transformation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

HESSEN-CHANCE: GRÜNE LEITINDUSTRIEN

- Leitmärkte Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Hessen verfügt über Unternehmen, die in besonderem Maße Wissen über den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft akkumuliert haben und davon profitieren – gerade in seinem Norden.
- Leitmärkte Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und nachhaltige Wasserwirtschaft: An Hessens Hochschulen forschen SpezialistInnen für hochmoderne automatische Stofftrennungsanlagen, „Urban Mining“-Konzepte und der Aufbau nachhaltiger Infrastrukturanlagen.
- Leitmarkt nachhaltige Mobilität: Weitere Steigerung der Motoreffizienz, der Ausbau der Elektromobilität, vor allem aber intelligente vernetzte Mobilitätskonzepte sind notwendig, um den globalen Trends insbesondere in den Städten zu begegnen. Hessen mit seiner Automobilbautradition muss hier eine stärkere Rolle spielen.

Hessens Wirtschaftsstruktur weicht signifikant von der anderer Bundesländer ab: Finanzdienstleistungen, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen tragen zu 38% zur Bruttowertschöpfung bei (bundesweit sind es 28%). Industrie und Bauwirtschaft haben mit 23% (Bund: 29%) einen unterdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil. Die industriellen Branchen nehmen gleichzeitig eine zentrale Rolle beim notwendigen ökologischen Umbau ein. Deshalb gilt es, optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die in ihrer Produktion und ihren Produkten Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden und damit für qualitatives Wachstum sorgen – und zwar im Export, bei der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen.

Die vier klassischen hessischen Herausforderungen: Chemie und Pharma, Logistik, Auto und Finanzwirtschaft

Erneuerbare Energien ausbauen kann jeder. Fast überall. Für Hessens Wirtschaft geht es um mehr, denn auf dem Weg zum ökologischen Strukturwandel führt an Hessen tatsächlich kein Weg vorbei. Hessens Wirtschaft ist von der chemischen Industrie, der Logistikbranche, von Autoherstellern und der Finanzwirtschaft geprägt. Grüne Wirtschaftspolitik steht hier in einer besonderen Verantwortung, grüne Konzepte auch für diese Branchen zu entwickeln. Ohne zukunftsfähige Konzepte für die Chemie-, Logistik-, Auto- und Finanzbranche wird der ökologische Strukturwandel in unserem Bundesland nicht gelingen. Nicht nur Chlorchemie, Flughafen, spritschluckende SUVs und Hedgefonds, sondern eben auch Materialeffizienz, umweltschonende Mobilität, Elektrofahrzeuge und Social banking.

Chemie und Pharma: Schlüsselbranchen für den Standort Hessen und die Umwelt

Wir bekennen uns aus guten Gründen ausdrücklich zum „Chemiestandort Hessen“. Die chemische Industrie ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Knapp 60.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen arbeiten in Chemie- oder Pharmaunternehmen. Wir wollen aber auch deshalb eine leistungsfähige Chemie in Hessen erhalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, weil sie eine erhebliche strategische Bedeutung für die Leitmärkte der Zukunft hat. Ihre Innovationskraft ist wichtig, um zentrale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Ressourcenkrise anzugehen: Chemie kann helfen, Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen, saubere Autos zu bauen und die Materialeffizienz zu steigern. Viele Chemieunter-

nehmen haben längst verstanden, dass Ökologie und Ökonomie unter einen Hut gebracht werden müssen, wenn die Branche eine Zukunft haben will. Ökologie ist für sie keine Konzession an den Zeitgeist, sondern ein hartes betriebs- und volkswirtschaftliches Thema rund um Kosten, Risikomanagement, die künftige Ressourcenbasis und Zukunftsmärkte. Gleichzeitig sind die Unternehmen heute in der Lage anzuerkennen, dass sie der Ökologiebewegung erhebliche Innovationskraft verdanken.¹⁷ Konfliktfelder zwischen GRÜNEN und Chemieindustrie gibt es weiterhin, z.B. bei den Zulassungsverfahren für neue Chemikalien oder Arzneistoffe, der Energiepolitik oder der Agrogentechnik. Wir werden dennoch ein verlässlicher Partner der traditionell starken hessischen Chemieindustrie sein, damit sie bei dem notwendigen Transformationsprozess europaweit eine Vorreiterrolle einnehmen und stärker als bisher an den Entwicklungen der Zukunft teilhaben kann.¹⁸

Logistik: Maß und Mitte einer boomenden Branche

Hessen liegt mitten in Europa. Die stetig zunehmende Zahl global und europäisch zu transportierender Güter wird häufig durch Hessen transportiert. Dem Flughafen Frankfurt kommt eine besonders wichtige Bedeutung im Bereich Luftfracht zu, also beim zeitsensiblen globalen Versand unterschiedlichster Güter. Durch seine Hub-Funktion bietet er obendrein eine intensive Verknüpfung des reinen Frachtverkehrs mit dem Cargo-Transport in Passagiermaschinen. Im Rhein-Main-Gebiet sind außerdem zahlreiche Beratungsunternehmen aus dem Feld der Logistik ansässig.

Wir GRÜNE halten den weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens trotz seiner wirtschaftli-

chen Bedeutung für falsch, weil er inmitten eines der am dichtesten besiedelten Räume Europas liegt und die Grenzen der Belastung der hier lebenden Menschen bereits überschritten sind. Wir wollen einen Flughafen, dessen Ziel es ist, der modernste, Ressourcen schonendste, seine Umgebung am wenigsten belastende Flughafen der Welt zu sein – und nicht einen, der partout die meisten Flugbewegungen Europas vereinen will. So kann der Flughafen zu einem Treiber innovativer Mobilität unter den internationalen Großflughäfen werden und qualitativ statt quantitativ wachsen.

HESSEN-CHANCE: DIGITALE INFRASTRUKTUR

- Breitbandversorgung ist Grundlage für wirtschaftliche Prosperität im 21. Jahrhundert und Teil der Daseinsvorsorge.
- Hessen hat den Anschluss verpasst. Der digitale Graben zwischen dem ländlichen Raum und den dichter besiedelten Landesteilen wird immer tiefer, weil der Markt versagt.
- Wir wollen den Kommunen deshalb die uneingeschränkte Möglichkeit einräumen, in diesem Sektor auch selbst wirtschaftlich tätig zu werden.
- Entscheidend ist, die Leistung bei den Endkunden möglichst schnell auch in der Fläche zu erhöhen – nicht das starre Festhalten an verabschiedeten Strategien.
- Wachstumssektor Green IT.

Nordhessen ist im Bereich Logistik in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen. Die Region kann davon profitieren, sich nicht mehr in einer Randlage, sondern in der Mitte Deutschlands und der Europäischen Union zu befinden. Zu den traditionellen Stärken Nordhessens im Eisenbahn- und Automobilbau sind zahlreiche sehr flächenintensive Distributionszentren der Logistikindustrie getreten. Neben dem erheblichen Flächenverbrauch gehen mit diesen Ansiedlungen stetig wachsende Belastungen der Menschen durch neue Verkehrsströme einher.

¹⁷ VCI-Präsident Engel im Handelsblatt am 29. Oktober 2010

¹⁸ Konkrete Vorschläge finden sich z.B. in Heinrich-Böll-Stiftung: „Going Green: Chemie – Handlungsfelder für eine ressourceneffiziente Chemieindustrie“ (Schriften zur Ökologie, Band 19)

Andererseits kann die Klimabilanz des Versandhandels gerade in ländlichen Regionen auch Vorteile gegenüber dem Selbstabholer aufweisen.

Automobilindustrie: Die Ökologisierung des Autos und seiner Nutzung als Chance

Mobilität ist für uns GRÜNE weit mehr als staufreies Hessen und autogerechte Verkehrswege in Stadt und Land. Mobilitätsketten aus Fußwegen, der Benutzung von Fahrrad und Auto sowie öffentlichem Nah- und Fernverkehr müssen den reibungslosen Umstieg in das jeweils geeignete Verkehrsmittel ermöglichen. Auch in Zukunft wird das Auto seinen Beitrag im Gesamtangebot der Verkehrsträger leisten, es wird sich dazu den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts anpassen. Mit den Standorten Rüsselsheim und Baunatal sowie einem industriellen Schwerpunkt in Mittelhessen ist Hessen ein auch von der Automobilindustrie geprägtes Land. Opel und VW sowie ihre zahlreichen mittelständischen Zulieferfirmen sind bedeutende industrielle Arbeitgeber.

Wir wollen, dass das Auto kleiner, leichter und effizienter wird und sich in nachhaltige Mobilitätskonzepte einpasst. Die letzten fünf Jahre haben deutlich gemacht, dass die europäische Nachfrage nach kleinen, leichten, energieeffizienten Autos immer mehr steigt. Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen Benzin- und Dieselmotoren genauso weiterentwickelt und verbessert wie alternative Antriebsmethoden vorangetrieben werden. Opel mit seinem Entwicklungszentrum in Rüsselsheim könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn der Mutterkonzern der Tochter endlich die nötige Autonomie und den nötigen Vertriebsraum einräumte. Ökologisch reicht es jedoch nicht aus, den Verbrennungsmotor einfach gegen einen Elektromotor auszutauschen. Notwendig ist vielmehr eine Senkung des Energieverbrauchs bei allen Verkehrsmitteln.

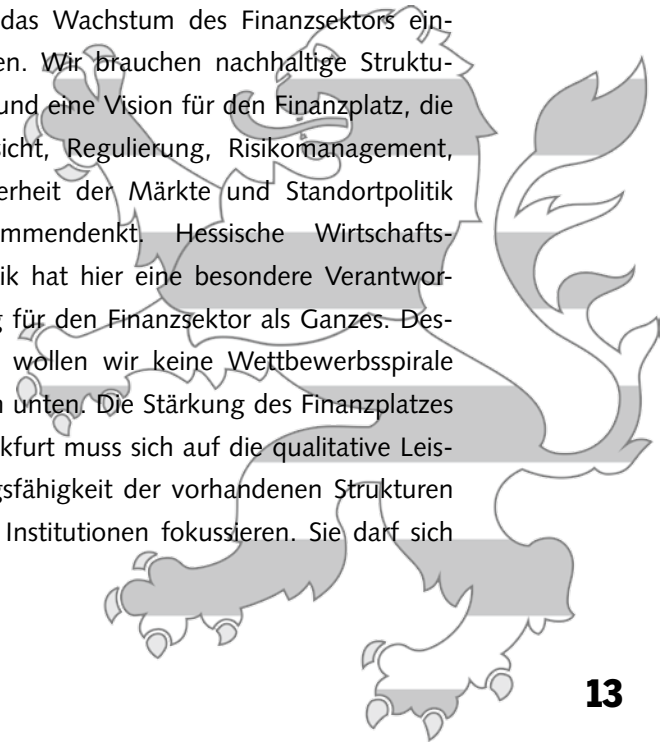
Wir brauchen neue und intelligente Mobilitätskonzepte für urbane und ländliche Räume, damit alle Verkehrsmittel – vom Fahrrad über Bus und Bahn bis hin zum Elektroauto für Kurzstrecken – sinnvoll und bequem miteinander kombiniert werden können. Klar ist auch, dass Elektrofahrzeuge – und das sind neben Autos auch Fahrräder, Roller und Züge – nur dann umweltverträglich und zukunftsfähig sind, wenn sie mit Strom aus erneuerbaren Energien angetrieben werden.

Durch eine stringente ökologische Ordnungspolitik bereits auf europäischer Ebene muss der Innovationsdruck erhalten bleiben: Wir wollen, dass die CO₂-Grenzwerte für PKW nicht noch weiter verwässert werden und werden uns mittelfristig dafür einsetzen, dass sie dem Entwicklungsstand entsprechend weiter gesenkt werden.

Finanzwirtschaft:

Die Finanzwirtschaft ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor für Hessen, sondern ein wesentlicher Dienstleister für die deutsche, europäische und internationale Wirtschaft. Wir ziehen zwei Lehren aus der globalen Finanzkrise für die hessische Wirtschaftspolitik:

- Der Finanzsektor muss besser reguliert werden und Standortpolitik darf sich nicht allein auf das Wachstum des Finanzsektors einengen. Wir brauchen nachhaltige Strukturen und eine Vision für den Finanzplatz, die Aufsicht, Regulierung, Risikomanagement, Sicherheit der Märkte und Standortpolitik zusammendenkt. Hessische Wirtschaftspolitik hat hier eine besondere Verantwortung für den Finanzsektor als Ganzes. Deshalb wollen wir keine Wettbewerbspirale nach unten. Die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt muss sich auf die qualitative Leistungsfähigkeit der vorhandenen Strukturen und Institutionen fokussieren. Sie darf sich



nicht durch Wettbewerb bei Regulierung oder Steuerermäßigungen für Investmentbanker ausverkaufen lassen.

- Grüne Politik braucht einen funktionierenden und nachhaltig strukturierten Finanzmarkt. Der Investitionsbedarf des sozial-ökologischen Strukturwandels braucht solide und innovative Finanzinstitutionen: Grüne Wirtschaftspolitik bedeutet einen hohen Investitionsbedarf für Unternehmen und Haushalte, der nur zu einem kleinen Teil aus öffentlichen Mitteln erbracht werden kann.

Wir wollen uns deshalb insbesondere für den Aufbau eines Green Finance Clusters am Finanzplatz Rhein-Main einsetzen. Die Energiewende ist eine historische Chance für den Finanzstandort Frankfurt und braucht eine strategische Allianz der öffentlichen Hand, von Sparkassen, Volksbanken, Investmentbanken, der Deutschen Börse, den öffentlichen Kreditinstitutionen, Förderbanken, Investoren, Privatanlegern und der Unternehmen, um gemeinsam Strukturen, Produkte und Wissen zu entwickeln. Frankfurt beheimatet einige der innovativsten Investmentfonds, die in Energieeffizienz investieren. Das kann nur der Anfang sein.

Wir wollen Hessen als Standort der wirklichen „alternative assets“ stärken. Hessen hat eine internationale Vorreiterrolle in der Entwicklungsfinanzierung, Mikrofinanzierung aber auch als Standort für Umweltbanken und Social Banking, die wir in Wert setzen und bei der Entwicklung neuer Instrumente, zum Beispiel einer Börse für soziale Unternehmen, unterstützen wollen.

Aufgrund der besonderen Verantwortung Hessens für die Finanzwirtschaft und deren Bedeutung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wollen wir den gesellschaftlichen Dialog zur Rolle und Zukunft der Finanzmärkte stärken.

Finanzmarktpolitik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, sondern muss Teil eines breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurses sein. Dazu wollen wir neue Wege in der politischen Bildung gehen, gesellschaftliche Foren schaffen, zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen und Forschung und Lehre zu finanzmarktpolitischen Themen weiterentwickeln. Dazu gehört auch, die Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu informieren und effektiven Verbraucherschutz zu gewährleisten.

3.4 Internationalität und Binnenmarkt: Kein Gegensatz

Die Exporterfolge vieler hessischer Unternehmen sind unbestritten. Sie haben aber auch zu einer starken Abhängigkeit von weltwirtschaftlichen Entwicklungen geführt. Einige Branchen, die unsere Industrie prägen, wie Chemie und Pharmazie, verkaufen fast zwei Drittel ihrer Produkte im Ausland. Weniger greifbar aber keineswegs weniger bedeutsam sind die Abhängigkeiten, die die Auslandsverflechtungen der Banken, der Börse und der Fondsgesellschaften am Finanzplatz Frankfurt mit sich bringen. Dass die weltweite Vernetzung der Finanzmärkte mit großen Risiken verbunden ist, hat Hessen schmerzlich erfahren müssen: Die Bankenkrise 2001 und insbesondere die weltweite Finanzkrise nach der Lehman-Insolvenz 2008 haben deutliche Spuren hinterlassen. Von den drei großen privaten Banken mit Sitz in Frankfurt ist lediglich die Deutsche Bank mehr oder minder unversehrt bestehen geblieben.

Hessen ist somit wie kaum ein anderes Bundesland auf eine international kooperierende Wirtschaftspolitik angewiesen, die nicht nur für fairen Wettbewerb in der Realwirtschaft sorgt, sondern gleichzeitig auch den Finanzmärkten endlich vernünftige Regeln setzt. Am Ende dür-

fen kein Finanzinstitut und kein Finanzprodukt ohne rechtlichen Rahmen und ohne staatliche Aufsicht bleiben.

Die weltweite Finanzkrise und die darauf folgende Zuspitzung in Europa haben aber auch gezeigt, dass eine einseitige Exportförderung keine sinnvolle wirtschaftspolitische Strategie sein kann. Während die deutsche Volkswirtschaft deutliche Leistungsbilanzüberschüsse aufweist, verzeichnen viele unserer europäischen Partnerländer erhebliche Defizite. Zum Ausgleich dieser in der Krise deutlich hervortretenden Ungleichgewichte muss unter anderem auch die Binnennachfrage in Deutschland an Bedeutung gewinnen. Eine kräftigere Binnennachfrage wird nicht nur kurzfristig die Konjunktur unterstützen, sondern auch auf längere Sicht dazu beitragen, die Struktur des europäischen Markts wie auch die Struktur der regionalen Wirtschaft an aktuelle und künftige Bedürfnisse anzupassen. In der langen Phase der Leistungsbilanzüberschüsse ist in Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf entstanden, der in Zukunft überwiegend von heimischen Unternehmen und Arbeitskräften befriedigt werden muss:

- Die älter werdende Bevölkerung sorgt dafür, dass der Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen wie qualifizierter Pflege und Betreuung wächst.
- Die Gesundheitswirtschaft ist eine Wachstumsbranche, die ihre Dienstleistungen zu einem großen Teil lokal und regional anbietet.
- In Hessen mit seinen traditionsreichen Bädern ist die Gesundheitswirtschaft besonders eng mit dem Tourismus verknüpft. Viele Angebote sind hier auch an den regionalen

Markt, nämlich die Erholung Suchenden in Hessen selbst, gerichtet.¹⁹

- Gegenwärtig verbleibt bei uns ein im Vergleich zu anderen Staaten erheblicher Teil der Nachfrage nach Kinderbetreuung und qualifizierter Bildung unbefriedigt.
- Bei zahlreichen Produkten – von Lebensmitteln bis zu Baumaterialien – bevorzugen immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten inzwischen lokale und regionale Anbieter.
- Milliardeninvestitionen sind auch in Hessen erforderlich, um den Umbau der Industriegesellschaft hin zur Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit voranzutreiben, beispielsweise in die Energieerzeugung und das Stromnetz. Auch in privaten und öffentlichen Gebäuden ist der Modernisierungstau keineswegs aufgelöst. Der Umbau von Heizungsanlagen und die Wärmedämmung werden auf Jahrzehnte hinaus für Milliardenumsätze sorgen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Elektromobilität erfordern eine Vielzahl von Investitionen beim Staat und bei der Privatwirtschaft.
- Es zeichnet sich ab, dass künftig binnenmarktorientierte Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungswesen, mit der Exportindustrie um Fachkräfte konkurrieren werden.
- Die Wirtschaftspolitik des Landes hat die Aufgabe, den durch den beschriebenen Nachfragewandel sowie den Nachhol- und Investitionsbedarf ausgelösten Modernisie-

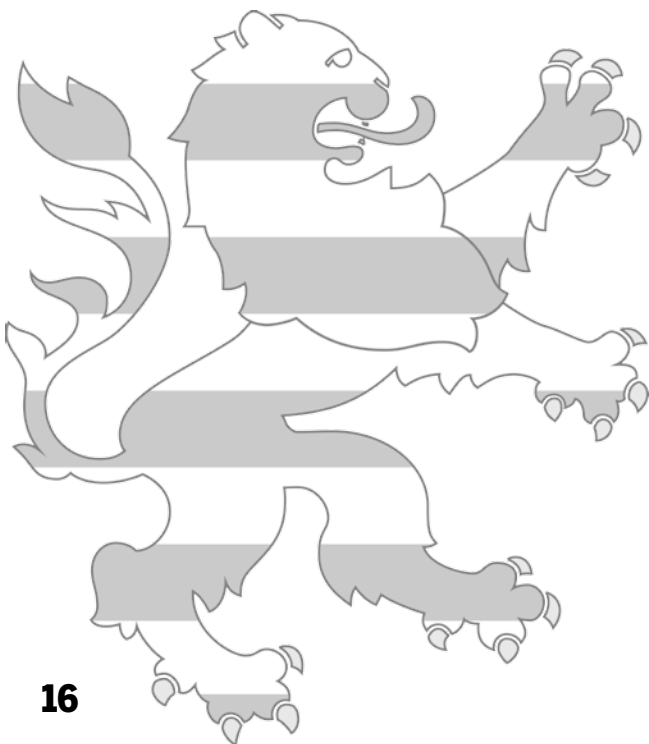
¹⁹ Vgl. unser Konzept Nr. 22 („Zu nah um schön zu sein? Tourismuspolitik für Hessens Regionen“)

rungsprozess zu flankieren und zu unterstützen.

- Kleine Unternehmen – vom klassischen Handwerksbetrieb bis zum neuartigen Dienstleister – werden einen Großteil der zusätzlichen regionalen Nachfrage befriedigen. Das Land muss seine Wirtschaftsförderung auf solche Unternehmen ausrichten. Sowohl die Gründung als auch der Generationswechsel müssen erleichtert und tatkräftig unterstützt werden. Bürokratieabbau kann nicht durch neue Einrichtungen oder Gremien gelingen, sondern nur durch den direkten Dialog zwischen den Betroffenen und der Politik.
- Das Entstehen und das Wachstum lokaler und regionaler Märkte sind zu unterstützen.

Dies kann unter anderem durch Einrichtungen zum Technologietransfer, durch kreative Nutzung der Informationstechnik oder durch die Weiterentwicklung der Innenstädte als Handelszentren (Innerstädtische Geschäftsquartiere) geschehen.

- Wer sich den wandelnden Ansprüchen des Binnenmarkts stellt und dessen Bedürfnisse befriedigt, verbessert die Lebensqualität in der Region und ihre Standortqualität. Dies kommt auch exportorientierten Unternehmen zugute. Im Gespräch zwischen Exportwirtschaft und Politik sollten deshalb die besonderen Bedürfnisse von Unternehmen und Beschäftigten geklärt und in die regionale Entwicklung einbezogen werden.



IV. LAND UND KOMMUNEN ALS GESTALTENDE WIRTSCHAFTSFAKTOREN

Fairness und Transparenz sind grundlegende Pfeiler öffentlicher Auftragsvergaben. Es ist unabdingbar, dass der Staat als Auftraggeber auf allen Ebenen beispielgebend handelt, fairen und transparenten Wettbewerb gewährleistet und so Korruption so weit wie irgend möglich ausschließt. Die Landesregierung hat diese Pflichten in den vergangenen Jahren in mehreren Bereichen (besonders eklatant bei Polizei und Informationstechnologie) sträflich vernachlässigt und dem Land und den benachteiligten Unternehmen schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Selbst der Mindestanforderung der Transparenz nach der Auftragsvergabe ist sie nur widerstrebend und erst vor Kurzem nachgekommen. Wir wollen diesen Missständen durch eine zentrale, unabhängige und mit qualifizierten, kontinuierlich fortgebildeten Vergaberechtersperten besetzte Beschaffungsstelle für alle Landesbehörden begegnen, zu der das existierende HCC auszubauen ist. Sie hat darauf zu achten, dass freihändige und beschränkte Ausschreibungen tatsächlich die Ausnahme bleiben.

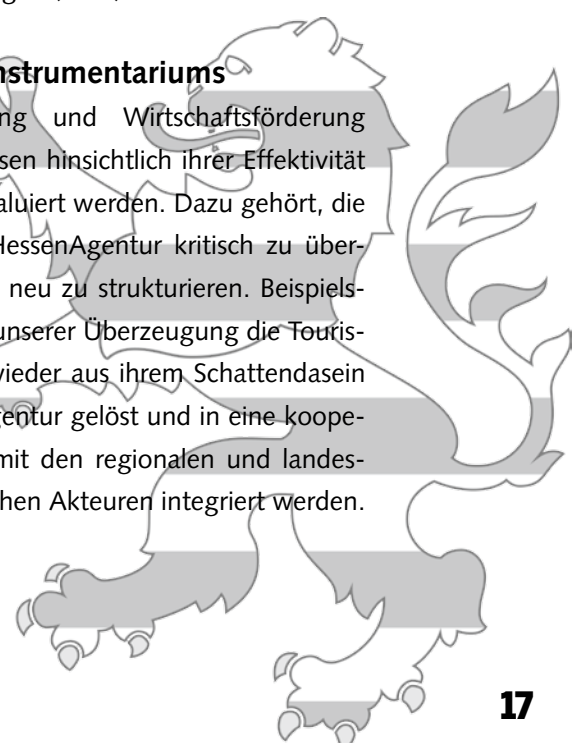
Gleichzeitig hat der Staat eine Vorbildfunktion bezüglich der Qualität der von ihm beschafften Güter: Durch die Verankerung ökologischer und sozialer Kriterien im Vergaberecht wollen wir nachhaltigen Konsum fördern und die Marktmacht der öffentlichen Hand gezielt einsetzen, um einen Beitrag für gute Arbeitsbedingungen, Gleichstellung, Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Um für die ausschreibenden Behörden, die Unternehmen und die Beschäftigten einheitliche und verlässliche Regelungen zu schaffen, ist ein bundesweites Tariftreuegesetz nötig. Es ist außerdem notwendig, das Tariftreuegesetz durch ein bundesweites Korruptionsregister zu

ergänzen. So können Unternehmen, die gegen die Grundsätze des fairen Wettbewerbs verstoßen haben, wirksam von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Wir wollen einen Aktionsplan für umweltfreundliche Beschaffung mit klaren Zielvorgaben, einheitlichen und aktuellen Arbeitshilfen, besseren Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten sowie einer zentralen Service- und Beratungsstelle, um soziale und ökologische Vergabe rechtssicher und praxistauglich zu gestalten.

Unser Gesetzentwurf für ein Hessisches Tariftreue- und Vergabegesetz (Drs. 18/6268) weist den Weg: Wir verankern die Tariftreuepflicht und den Mindestlohn in Höhe von € 8,50 und regeln auch Nachweis, Kontrolle und Sanktionsmöglichkeiten. Unser Gesetz schafft überdies die Grundlagen für die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei der Beschaffung von Waren sowie Bau- und Dienstleistungen und passt die bisher sehr hohen hessischen Vergabegrenzen den bundesweiten Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) an.

Reform des Instrumentariums

Standortmarketing und Wirtschaftsförderung des Landes müssen hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz evaluiert werden. Dazu gehört, die Aufgaben der HessenAgentur kritisch zu überprüfen und ggf. neu zu strukturieren. Beispielsweise soll nach unserer Überzeugung die Tourismusförderung wieder aus ihrem Schattendasein in der HessenAgentur gelöst und in eine kooperative Struktur mit den regionalen und landesweiten touristischen Akteuren integriert werden.

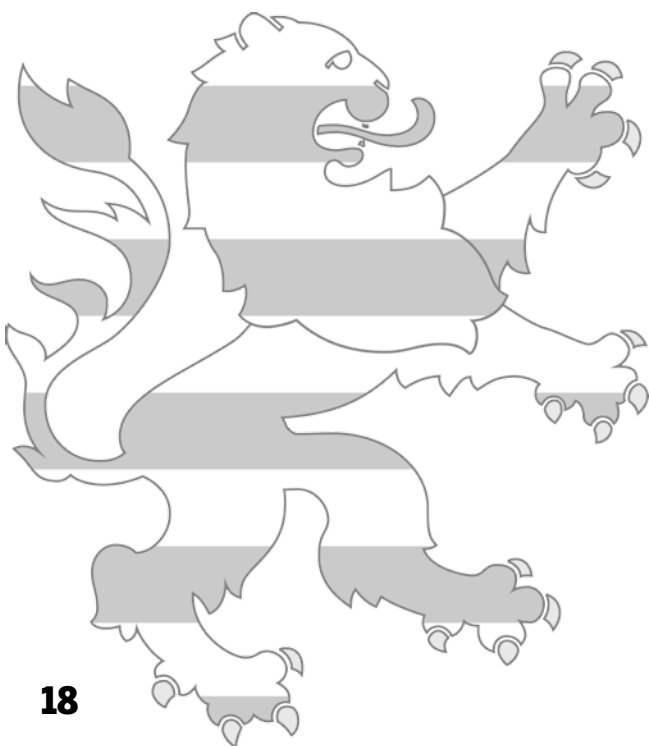


Um den Kenntnisstand und das Verständnis für die Arbeit der HessenAgentur bei den Mitgliedern des Hessischen Landtags und wichtigen Wirtschaftsorganisationen zu erhöhen empfiehlt es sich, nach dem Vorbild der WI-Bank einen Beirat mit Vertretern der Landtagsfraktionen und wichtiger Wirtschaftsverbände, Kammern, Gewerkschaften und Kommunalverbände einzurichten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HessenAgentur leiden zudem unter den mehrfachen Missgriffen der Landesregierung bei der Auswahl der Geschäftsführer nach Parteibuch, aber auch darunter, dass sie als „verlängerte Werkbank“ der Ministerien betrachtet werden. Durch zahlreiche strukturelle Geburtsfehler bietet die HessenAgentur nur sehr wenige Möglichkeiten, kreativ tätig zu werden und eigene Schwerpunk-

te zu setzen. Ob die von der Landesregierung aktuell vorgenommene Umstrukturierung der HessenAgentur die Defizite beseitigen wird und tatsächlich zu einer effektiveren nichtmonetären Wirtschaftsförderung führt, ist zweifelhaft und wird kritisch zu analysieren sein. Die Zusammenarbeit der HessenAgentur mit den regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen in Hessen ist weiter zu intensivieren.

Die WI-Bank als monetäre Wirtschaftsfördereinrichtung des Landes hat sich bewährt. Die enge institutionelle Partnerschaft zwischen der WI-Bank und der Helaba sollte beibehalten werden. Aufgrund der engeren Haushaltsspielräume sollten weitere Zuschussprogramme soweit möglich durch Darlehensprogramme und revolvingende Fonds ersetzt werden.





KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

ZUSTÄNDIGER ABGEORDNETER

KAI KLOSE



Sprecher für Wirtschafts-, Wohnungs-, Lesben-
und Schwulenpolitik
Tel.: 0611/350-673
k.klose@ltg.hessen.de

MITARBEITER

DR. MICHAEL BUSS



Referent: Wirtschaft, Finanzen und
Wohnungspolitik
Tel.: 0611/350-596
m.buss@ltg.hessen.de

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

